

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2908-2907

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Deutsch-französischer Friedenspakt?

## Ein deutscher Vorschlag an Frankreich.

In der Hamburger Handelskammer, die von alters her den Namen eines „Ehrbaren Kaufmanns“ führt, hat Reichskanzler Cuno am Silvestertag die angekündigte Rede gehalten, von der man nähere Aufschlüsse über die Vorklage der deutschen Regierung für die heute beginnende Pariser Konferenz erwartete. Die Rede brachte jedoch in dieser Beziehung für den, der die bisherigen Veröffentlichungen verfolgt hat, nichts Ueberraschendes und wenig Neues. Um so sensationeller wirkt eine Mitteilung, die der Reichskanzler über einen besonderen Vorschlag der deutschen Regierung macht, der das Ziel verfolgt, die Sicherheit des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich für ein Menschenalter zu gewährleisten.

Deutschland hatte durch Vermittlung einer dritten Macht seine Bereitschaft ausgesprochen, mit Frankreich einen Vertrag zu schließen, wonach sich die beteiligten Mächte verpflichten sollten, in den nächsten Jahren ohne vorherige Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen. Frankreich hat nach Cunos Mitteilung diesen Vorschlag abgelehnt.

Es ist auf Grund der dürftigen Mitteilungen des Reichskanzlers nicht möglich, zu einem abschließenden kritischen Urteil über das Verhalten der deutschen und der französischen Regierung in dieser Angelegenheit zu gelangen. Es ist möglich, daß man in Frankreich sagt, in einer Volksabstimmung liege keine Garantie für die Erhaltung des Friedens, da sie ja auch zugunsten des Krieges ausfallen könne. Es ist möglich, daß man ferner einwendet, ein solcher Vertrag sei praktisch nicht ausführbar, da im Fall einer wirklichen oder vermeintlichen äußeren Bedrohung eine Volksabstimmung gar nicht mehr in Gang gebracht werden könne. Aber solche Bedenken könnten allenfalls nur zu der Anregung führen, die deutschen Vorschläge abzuändern, nicht aber zu ihrer Abweisung gleich von vornherein.

Das wichtigste an dem deutschen Vorschlag scheint uns das zu sein, daß eine am Rhein nicht interessierte Großmacht — das heißt Amerika — das Amt eines Vertrauensmannes zwischen den Mächten zur Wahrung des Vertrages übernehmen soll und, wie es scheint, auch zu übernehmen bereit wäre. Dieser gute Wille Amerikas, zur Herstellung eines gesicherten Friedens in Europa entscheidende Hilfe zu leisten, muß, wenn er wirklich vorhanden ist, in der politischen Gesamtentwicklung der nächsten Zeit eine bedeutende Rolle spielen.

Auf alle Fälle steht fest: die deutsche Regierung ist bereit, den Frieden mit Frankreich durch besondere Abkommen zu sichern, und sie findet in diesem Bestreben bei anderen Mächten, zum mindesten bei Amerika, Unterstützung. Gefallen der französischen Regierung diese Sicherungen nicht, so hat sie die Pflicht, nunmehr zu sagen, welche Vorstellungen sie von solchen Sicherungen hat, nur freilich müssen es vertragsmäßige Sicherungen sein und nicht gewaltsame, nur auf der militärischen Überlegenheit eines Teiles beruhende. Oder ist die französische Regierung bereits auf dem Standpunkt der kaiserlich-deutschen Regierung angelangt, die sich zu allen vertragsmäßigen und international-organisatorischen Friedenssicherungen ablehnend verhielt in der Meinung, die einzige richtige Friedensgarantie sei die gepanzerte Faust?

Man kann sich zum Vorschlag der deutschen Regierung wie immer stellen, seinen Grundgedanken, den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland durch besondere Abmachungen auf lange Zeit hinaus zu sichern, wird man nicht preisgeben dürfen. Es wird die Aufgabe der französischen und der deutschen Sozialisten sein, ihm festere Gestalt zu geben und ihn zum Siege zu führen.

Reichskanzler Cuno hat am Sonntag nachmittag in der Hamburger Börse vor mehreren tausend Personen, die der Einladung des Vereins „eines ehrbaren Kaufmanns“ gefolgt waren, die angekündigte Rede gehalten. Der Kanzler sprach über die bekannten Sachverhalte des Bankierkomitees in Paris und der internationalen Sachverständigen in Berlin, sowie über die deutsche Reparationsnote vom 13. November und machte dann umfangreiche Ausführungen, denen wir nur einige Punkte entnehmen können:

Neue Erweiterungen und neue Untersuchungen haben uns in der Erkenntnis bestärkt: Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, aber Deutschland hat nur dann Aussicht auf solche Anleihen, wenn seine Leistungspflicht endgültig hergestellt ist. Das erneut gemannte Bild von dem noch verbliebenen Rest unserer Leistungsfähigkeit ist trübe. Die Reparationskommission selbst hat am 31. August 1922 einstimmig die deutsche Zahlungsunfähigkeit anerkannt. Der schwerste und unglücklichste Krieg der neueren Geschichte hat uns wertvollste Bestandteile nationalen Gebietes und Volkvermögens genommen; seine Folgen haben eine tiefgreifende Zerrüttung unserer Wirtschaft über uns gebracht; schlimmer noch als dies: der Vertrag von Versailles hat Deutschland von der wirtschaftspolitischen Gleichberechtigung der Handelsvölker ausgeschlossen, seiner Wirtschaft den festen Boden entzogen, unsere Währung zerrüttet und unseren Wirtschaftskreisläufen die Möglichkeit keiner Dispositionen genommen.

Wir brauchen bestimmte Größen für die Gegenwarts- und Zukunftsberechnung unserer nationalen Wirtschaft. So sind wir entschlossen, eine feste erste Summe auf uns zu nehmen.

Wir sind bereit, diese feste Summe in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkonsortiums aufzubringen und, soweit dies im Anleihewege nicht gelingt, Zins und Tilgungsquote zu bezahlen. Da die deutsche Wirtschaft, zerrüttet, zermürbt und verarmt, für die nächsten Jahre unbedingt der Ruhe bedarf, soll der Betrag, der für den Dienst der Anleihe in den ersten Jahren erforderlich ist, aus dem Ertrag der Anleihe selbst gedeckt werden, um der deutschen Wirtschaft eine Zeit der Erholung und Befundung zu gönnen. Damit der hieron erhoffte Aufschwung unserer wirtschaftlichen Kraft der Gegenseite zu gute kommt, machen wir uns anheischig, für eine weitere Reihe von Jahren bis zu begrenzter Höhe durch Vermittlung des gleichen Konsortiums weitere Anleihen aufzulegen, wenn und soweit das Konsortium dies für möglich hält. So würde die Grundlage dafür geschaffen werden, daß die aufeinander angewiesenen Industrien Europas, namentlich die Frankreichs und Deutschlands, zu langfristigen Ausgleich ihrer Interessen mit dem Endziel höchstmöglicher Produktivität zusammenarbeiten;

zu einer solchen Kooperation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit.

Von diesem Weg aus, der uns zunächst aus dem Sumpfboden der gegenwärtigen Wirtschaft auf zwar steinigem, aber festem Boden führen wird, können und werden wir mit aller Kraft daran gehen, die Mark wieder zu einem festen Wertmesser zu machen und das Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dann wird Sparen wieder Sinn haben, Fleiß und kaufmännische Berechnung wieder zu Ehren kommen, der Ertrag der Arbeit eines Landes kann wieder festgehalten, kurz, unsere Wirtschaft wieder innerlich gesund und stützlich werden. Wir nehmen die schwere Verantwortung einer solchen Lösung vor allem aber deshalb auf uns, weil am Ende des Weges, den wir gehen wollen, die Freiheit des deutschen Volkes steht.

Die Reichsregierung wird in der Lage sein, dem Anleihekonsortium jede vernünftige Sicherheit einzuräumen; ihre Bestimmung ist Sache der Verhandlungen. Zur Mitwirkung hierbei und insbesondere zu Verhandlungen wegen einer zu übernehmenden Garantie ist die deutsche Wirtschaft bereit.

In der Stärke des Staates, in der Kraft der Wirtschaft im Staate und ihrem Willen zum Staate liegt die wertvollste Bürgschaft für die Eintöpfung der Unterschrift, die die Reichsregierung geben will.

Wir werden gleichzeitig unserer Wirtschaft, um sie für die ungeheuren Lasten tragfähig zu machen, die freie Bewegung ihrer Kräfte noch Möglichkeit geben und werden in der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung viel mehr als bisher das Ziel des höchsten Leistungsmaßes der Wirtschaftskraft vorantreiben müssen.

Diese endgültige Lösung verlangt die Vereinerung aller Kräfte. Aber dann ist auch notwendig, daß alle Kräfte nur auf diesen Wirtschaftsplan der Reparation vermindert werden, ohne Nebenlasten und Nebenleistungen. Das ist die Voraussetzung für die praktische Ausführbarkeit des Vorschlags. Darum muß die endgültige Lösung alles, was neben der Reparation auf Deutschland an sonstigen Lasten aus dem Vertrage liegt, in sich aufnehmen, abgeleitet und erledigt. Sie muß dem deutschen Volke die wirtschaftspolitische Freiheit und Gleichberechtigung wiedergeben. Sie muß den

Wiederaufbau der deutschen Länder am Rhein bringen, wie aus tiefempfundenen seelischen und sittlichen Gründen, so schon deshalb, damit sich täglich mehrende unproduktive Kosten und alle die Hemmungen, die auf unserer deutschen Wirtschaft dort liegen, endlich verschwinden. Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort müssen geräumt werden. Die endgültige Lösung muß die Absage sein an jede Politik von Sanktionen und Retorsionen, von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen.

Ist es doch kein Verzicht auf Rechte, die der Vertrag von Versailles der Gegenseite gibt, wenn anerkannt wird, daß keine Bestimmung des Vertrages den Zugriff auf deutsches Privatvermögen, auch nicht den Zugriff auf Staatsvermögen freigibt und keine Veräußerung Deutschlands die Vertragsgegner zu militärischen Maßnahmen berechtigt.

Das ist in den Umrißen die sachliche Lösung des großen Problems, die wir für möglich halten und für die wir die Kraft unserer Wirtschaft einsetzen wollen.

In London kam es nicht zu Verhandlungen zwischen Alliierten und Deutschland. Nur in Verhandlungen aber, nur in offener Aussprache von Mann zu Mann kann die Lösung gefunden werden.

Das Schicksal unserer bisherigen Vorschläge hält uns ab, schon heute ohne Aussicht auf Verhandlungen unsere neuen Vorschläge der Gegenseite in allen Einzelheiten zu unterbreiten.

Dagegen haben wir sie erst, einem Vertreter der Reichsregierung Gelassenheit zu geben, der Pariser Konferenz unseren Vorschlag schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Hoffen wir, daß die von uns gewünschte sachliche Aussprache nicht durch Entschlüsse der Gegenseite vereitelt wird, die nicht nur über Deutschland, sondern über ganz Europa unabsehbares Unheil bringen würden. Für eine Pfänderpolitik ist kein Raum. Wer trotz-

dem solche Pfänder heißt, hat nicht wirtschaftliche, sondern politische Ziele im Auge. Wer sie nimmt, begeht Vertragsbruch und Gewalt. Die Verwirklichung der politischen Pfänderpolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reparationen. (Lebh. Beifall.)

Aber nicht wir allein, auch andere erkennen die Erfolglosigkeit solcher Zwangsmassnahmen und die ernststen Gefahren, die in ihnen liegen. Staatssekretär Hughes hat in seiner Remhavener Rede die unlöslichen Zusammenhänge beleuchtet, durch die das Schicksal Europas mit dem Problem der Reparationen verflochten ist. Die Gedankengänge des amerikanischen Staatsmannes berühren sich nahe mit unserer Auffassung und wir wünschen ihnen aufrichtig ernsteste Beachtung.

Sie werden den Eindruck gewonnen haben, daß wir getan haben, was immer in unserer Kraft steht, um den materiellen Ansprüchen der anderen Seite Rechnung zu tragen. Aber wir haben uns gefragt, ob nicht — besonders um unserer bedrängten Volksgenossen am Rhein willen und zur Befreiung ihrer Befreiung von der Besetzung — noch mehr geschehen sollte.

In Frankreich wird die Notwendigkeit der Befreiung der Rheingebiete auch mit der Befreiung von kriegerischen Absichten Deutschlands begründet. Diese Befreiung ist irrig.

Um den Beweis hierfür zu liefern, haben wir die französische Regierung durch Vermittlung einer dritten Macht wissen lassen,

daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit Frankreich und den anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter, also ein mehrjähriges im Vertrag von Versailles vorgesehenen Befreiungsfrist, feierlich zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegeneinander keinen Krieg zu führen. Eine solche Verpflichtung würde alle beteiligten Völker statt auf Krieg auf Frieden einstellen und die denkbar sicherste Friedensgarantie bieten.

Zu meinem Bedauern muß ich mitteilen, daß Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt hat.

Wir glauben nicht besser als auf dem von uns betretenen Wege an der Erreichung dieses hohen Zieles mitarbeiten zu können. Daß das neue Jahr uns hierzu verhelfen wird, bleibt unsere Hoffnung.

Aber nicht mit einem Wort der Hoffnung möchte ich schließen, sondern mit einem Worte des Entschlusses, zu dem wir uns vor aller Welt bekennen: Wir alle im deutschen Volke wollen uns, wenn unsere Hoffnung wahr wird, in starker Opfer- und Arbeitsgemeinschaft, wenn aber neue Enttäuschungen kommen, in dem gleich starken Willen zusammenschließen, uns durch nichts, aber auch gar nichts trennen zu lassen und weiter in Einigkeit und Recht um die Freiheit des Volkes und Vaterlandes zu ringen. (Stürmischer Beifall.)

### Die Ablehnung des Friedenspakts.

Paris, 2. Januar. (PA.) Die Hamburger Rede des Reichskanzlers hat hier einen wenig günstigen Eindruck gemacht. Insbesondere hält man es für politisch unklug, Verhandlungen damit einzuleiten, daß man den wichtigsten Verhandlungsgegner vorher angreift und versucht, ihn in den Augen seiner Freunde zu diskreditieren. Man hegt hier kaum Zweifel daran, daß dieser Schritt Dr. Cunos die Verhandlung nicht erleichtert hat, zumal auch einschlägige Franzosen der Ansicht sind, daß es sich hier um einen Versuch handelt, Zwietracht zwischen Amerika und England einzuflechten und Frankreich andererseits zu säen. Was die Ablehnung des Kriegs-Schuldpaktes anbelangt, so wird von maßgebenden französischen Stellen darauf hingewiesen, daß eine Annahme eines solchen Paktes schon technisch unmöglich war, weil Frankreich durch seine militärischen Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei gebunden hat. Deutschland habe nur das Angebot gemacht, nicht Frankreich anzugreifen, von Polen und der Tschechoslowakei sei aber in dem Angebot keine Rede gewesen, und Frankreich, das durch seine Verträge mit diesen beiden Staaten gebunden sei, könne sich nicht verpflichten, im Falle eines Konfliktes diese beiden Länder im Stich zu lassen. Frankreich seien die Hände gebunden, und deshalb sei der Vertrag unannehmbar gewesen.

Wenn Frankreich nicht glatt ablehnen sollte, konnte es ja zunächst Deutschland fragen, ob es seinen beiden Verbündeten nicht die gleiche Bürgschaft geben wolle!

### Ein französisches Dementi.

Paris, 2. Januar. (WTB.) Der Reichskanzler Cuno hat in einer Rede erklärt, daß Deutschland durch eine dritte Macht, Frankreich angeboten habe, eine gegenseitige Verpflichtung zu unterzeichnen, während eines Menschenalters ohne durch eine Abstimmung der an der Rheinzone interessierten Mächte dazu ermächtigt zu sein, einen Krieg zu führen. Frankreich habe abgelehnt. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Haas glaubt zu wissen, daß die dritte Macht, um die es sich handelt, Amerika gewesen sei. Er fährt fort: Der deutsche Botschafter in Washington hatte auch Hughes eine Anregung dieser Art überreicht. Aber da diese Anregung nicht den Charakter eines fest durchgearbeiteten Vertrages trug, so glaubte das Staatsdepartement, daß es ihn nicht nach Paris weiterleiten sollte. Frankreich konnte also auch nicht ablehnen. Es muß im übrigen daran erinnert werden, daß der Versailler Vertrag vorsieht, daß im Falle eines Streites ein vollständiges Verfahren zur friedlichen Regelung vor dem Völkerbund zu erfolgen habe. Dieses Verfahren bietet mindestens die Sicherheiten, wie die von Deutschland angeregten Verpflichtungen zur Verhütung eines Angriffes.

Zu diesem Dementi erfahren die PPP, von zuständiger Stelle, daß der deutsche Vorschlag Frankreich durch die dritte Macht in offizieller Form überreicht wurde und von Frankreich aus formellen verfassungsrechtlichen Gründen ebenso offiziell abgelehnt worden ist.

### Keinerlei Klärung.

#### Der Dollar bleibt auf dem alten Stande.

Die Rede des Reichskanzlers Cuno in Hamburg hat nach Ansicht der Börse keinerlei Klärung gebracht. Es verstärkte sich vielmehr die allgemeine Zurückhaltung. Man erwartet sowohl für den Devisen- wie für den Effektenmarkt für den neuen Monat lebhaftes Schwanken. Das Geschäft im heutigen Devisenverkehr war minimal. Der Dollar, der vormittags bis 7400 gehandelt wurde, stellte sich an der Börse auf auf 7200.



## Beginn der Pariser Konferenz.

Paris, 2. Januar. (WIB.) Die heute vormittag im Elysee-Ministerrat stattfindende, in dessen Verlauf das französische Reparationsprogramm endgültig festgelegt wird, wird die internationale Konferenz heute nachmittags 2 Uhr am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz Delcassés beginnen.

Paris, 2. Januar. (WIB.) Der deutsche Botschafter Dr. Mangener hat im Namen der deutschen Regierung am Quai d'Orsay vorgeschlagen, um die französische Regierung offiziell zu ersuchen, dem morgen vormittag hier einsetzenden Staatssekretär a. D. Bergmann Gelegenheit zu geben, den neuen deutschen Reparationsplan der Konferenz der Alliierten zu unterbreiten und vor ihr mündlich zu erläutern.

Brüssel, 1. Januar. (Agence Belge.) Der deutsche Gesandte Landsberg suchte den Minister des Aeußeren auf, um der belgischen Regierung mitzuteilen, daß die deutsche Regierung einen Reparationsplan in voller Uebereinstimmung mit den Vereinfachungen von Handel, Industrie und Finanz Deutschlands ausgearbeitet hat. Die deutsche Regierung würde bereit sein, Geldgebern alle ernsthaften Garantien zu geben, und sie ersucht darum, daß Staatssekretär Dr. Bergmann ermächtigt wird, diesen Plan auf der Pariser Konferenz auseinanderzusetzen und zu erklären.

Paris, 2. Januar. (E.P.) Dem „Matin“ zufolge soll es wenig wahrscheinlich sein, daß Dr. Bergmann erlaubt werde, den Plan der deutschen Regierung den alliierten Delegierten mündlich vorzutragen. Man erklärt, daß die deutschen Vorschläge genügend klar und bestimmt sein müßten, um keiner Erläuterung zu bedürfen.

## Amerikanische Vermittlung.

London, 2. Januar. (WIB.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Mail“ ist zu der Mitteilung ermächtigt worden, daß die britische Regierung ihre warme Billigung der durch Staatssekretär Hughes gemachten Vorschläge zum Ausdruck gebracht hat, und daß der Schatzkanzler Baldwin bereits ermächtigt wurde, bei der Erörterung darüber im Namen der britischen Regierung zu handeln. Bonar Law würde bereit sein, die Reparationsfrage einer beratenden Konferenz zu überweisen, wenn es sich als unmöglich herausstellen sollte, in Paris eine Vereinbarung zu erzielen. Dem Berichterstatter zufolge wird Großbritannien, falls sich Frankreich zu einer unabhängigen Aktion entschließen sollte, ohne formellen Protest sich absetzen lassen.

Paris, 2. Januar. (E.P.) Der „New York Herald“ meldet aus Washington, in Kreisen der amerikanischen Regierung ist man von der schlechten Aufnahme der Rede des Staatssekretärs Hughes in Paris keineswegs überrascht und beunruhigt. Die amerikanische Regierung war auf eine Ablehnung ihrer Vorschläge gefaßt, die sich von allen politischen Erwägungen und Einflüssen vollkommen freizumachen mußte. Man begreift die Ablehnung Frankreichs insofern nicht ganz, als man sich offenbar in Frankreich nicht darüber klar ist, daß es Amerika nicht darum zu tun ist, Deutschland zu begünstigen. Auch Amerika wünscht, daß Frankreich von Deutschland bezahlt werde. Vor Abschluß der Pariser Beratungen werde die amerikanische Regierung keine neuen Schritte unternehmen. Falls in Paris ein Einvernehmen nicht zustande kommen sollte, würde wahrscheinlich auch England den amerikanischen Standpunkt annehmen und den Präsidenten Harding bitten, eine internationale Konferenz zur Lösung des Reparationsproblems einzuberufen.

## Aufruf der französischen Sozialisten.

Die französischen Sozialisten erlassen einen Aufruf, in dem es heißt:

Alles läßt voraussehen, daß die französische Regierung dem Obersten Rat unter der Bezeichnung Pfänder und Garantien vorgeschlagen wird, die Hand auf das Industrieleben an der Ruhr zu legen und eine verstärkte Befehung auf dem linken Rheinufer herbeizuführen. Es ist zu befürchten, daß die französische Regierung, wenn sie keine Einigung mit ihren Alliierten erzielt, entschlossen ist, die schon jetzt vorbereiteten Sanktionen allein durchzuführen. Getreu der Verpflichtung, die wir auf dem Weltkongreß im Haag übernommen haben, erklären wir, dieser Politik der Brutalität und der Abenteurer den entrüsteten Protest der Arbeiter entgegenzusetzen. Die beiden Organisationen fordern einen Streik durch den Völkerverbund.

## November-Reaktionäre.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Nach der Umwälzung bekannten sich viele Deutsche öffentlich zur Sozialdemokratie, die es im alten Staate nicht tun konnten, weil sie sonst sich und ihre Familie ins Unglück gefügt hätten. In den Köpfen anderer hatten die letzten Kriegsjahre die frühere konservative Dunkelheit in freigelegte Erleuchtung verwandelt. Diese beiden Gruppen neuer Parteigenossen darf man nicht mit zwei anderen Arten von Leuten verwechseln, die nach der Umwälzung ebenfalls zur Sozialdemokratischen Partei kamen. Bei den einen hatten die Tagesereignisse wieder einmal ein Strohhalm entdeckt. Andere wieder glaubten, man könne nunmehr in sozialistischer und republikanischer „Besinnungstüchtigkeit“ Karriere machen. Als sie aber erkannten, daß ihr Glaube ein Aberglaube war, da verließen sie die sozialdemokratische Fahne und zogen sich dorthin zurück, wo sie hergekommen waren, ins bürgerliche Lager.

Diese beiden letzten Arten von November-Sozialisten verdienen es, daß sie verspottet werden. Man sollte mit ihnen aber nicht die beiden anderen Gruppen in einen Topf werfen. Von diesen neuen Genossen haben die meisten der Partei auch in kritischen Wochen und Monaten die Treue gehalten. Auch verdanken wir manchen von ihnen sehr viel. Darum schütten unsere Gegner gerade über diese Genossen Kübel des Spottes aus. Am tollsten führen sich hierbei die Leute auf, die man — November-Reaktionäre nennen kann.

Ich meine nicht die Rückwärtler, die während der Revolutionstage sich müßig weiterhin zur alten Staatsform bekamen. Ihnen muß auch der schärfste sachliche Gegner dieselbe persönliche Achtung zollen, die man dem ehrlichen Kämpfer für eine Idee entgegenbringt, an die er glaubt. Solche Reaktionäre sind freilich äußerst dünn gesät. Die meisten „Stützen“ des alten Systems, die für den Kaiser sterben zu dürfen immer als ihr höchstes Glück preisen, stecken während der Novembertage 1918 in Kaufschuhen. Noch und noch aber entdeckten sie, wie anständig die Umstürzer sich aufführten. Man durfte sich nicht bloß ohne Gefahr einen Monarchisten nennen und Mitglied einer Reaktionspartei sein, sondern der Rückwärtler konnte es sogar, weil fast der ganze Beamtenapparat derselbe geblieben war, als Beamter im Volksstaat eher zu etwas bringen, als wenn er Republikaner und Sozialist war!

Da verließen die Reaktionäre die Kaufschuhe, da fangen sie wieder die alten Leder, da schmückten sie sich mit den Abzeichen des früheren Systems, da traten sie rechtsgerichteten Vereinigungen bei, da bekämpften sie den neuen Staat, in dessen Dienste sie standen, mit den gemeinsamen Mitteln; kurz: sie führten sich wie richtige November-Reaktionäre auf. (Jahrgang 1919, 1920 und 1921.)

## Deutschnationaler Kummer.

In einem seiner langen, aber inhaltleeren Wochenberichte für die „Kreuzzeitung“ gibt Graf Westarp dem größten Kummer der Deutschnationalen darüber Ausdruck, daß noch immer nicht die übrigen bürgerlichen Parteien zu seiner Ueberzeugung gelangt seien. Diese Ueberzeugung besteht in der dauernden Wiederholung des Cato-Sayes: Die Sozialdemokratie muß ausgeschaltet und vernichtet werden!

Der größte Fehler, den die bürgerlichen Parteien gemacht haben, ist nach Westarps Meinung der, daß sie „dem sozialdemokratischen Herrn Ebert den Präsidentensitz noch auf Jahre“ gesichert haben. „Nach verhängnisvoller“ aber erscheint ihm die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen noch immer an der großen Koalition festhält „und so den Herren Braun und Severing ihre sozialdemokratische Gewaltherrschaft ermöglicht, während die Herren von Richter und Boelitz im preussischen Staatsministerium in bedeutungsloser Rolle einen völksparteilichen Grundstich nach dem anderen preisgeben müssen.“

Selbst die Deutsche Volkspartei — trotzdem sie mit innigen Freunden der Deutschnationalen stark durchsetzt ist — dürfte aus dieser aufdringlichen Schulmeisterlei Westarps entnehmen, daß der größte Kummer der Deutschnationalen in ganz anderer Richtung begründet liegt. Nämlich, daß sie nicht selbst wieder in der Regierung sitzen und von sich aus der Deutschen Volkspartei die bedeutungslose Rolle aufdrängen können, die früher nationalliberale Minister Wilhelms zu spielen genötigt waren. Westarp will natürlich immer noch die Monarchie wieder haben. Indessen muß er doch bekennen, daß „im letzten Jahre manche Ereignisse und Zweifel persönlicher Art der Förderung monarchistischer Empfindungen bei den Massen nicht zuträglich gewesen“ seien! Das heißt mit anderen Worten: Die Regierungsunfähigkeit Wilhelms und seine Desertion nach Holland haben dem monarchischen Gedanken nicht sozial geschadet, als seine — Wiederverheiratung! Die Unterrockpolitik, die im alten Preußen eine so ungeheure Geltung hatte, macht sich also jetzt sogar in der Deutschnationalen Partei geltend. Auch ein Zeichen von der geistigen Verarmung der Monarchisten, dieses Ueberbleibfels aus einer traurigen Vergangenheit.

Ein Trost nur ist dem Grafen Westarp bei alledem geblieben. Er hofft, daß „Festigkeit und Entschlossenheit der Regierung Cuno ihren Bestand sichern und unserer Arbeit bessere politische Erfolge verspricht als bisher“. Aus diesem Stoßfussler mag man entnehmen, welches Maß von Vertrauen die Regierung Cuno in deutschnationalen Kreisen genießt. Und das ist auch eine wertvolle Mitteilung für das neue Jahr!

## Ehrhardt unter Anklage des Meineides.

Wie den P.N. aus Leipzig mitgeteilt wird, ist das gegen den Kapitänleutnant Ehrhardt schwebende Verfahren ausgedehnt worden auf Meineid und Verleumdung zum Meineid.

## Platz für Kaiserbilder.

In Dramburg spielte sich bei der Eröffnung des Kreislagers kürzlich folgende charakteristische Szene ab:

Nachdem Landrat Dr. Ehert die Sitzung eröffnet hatte, erhob sich vor Eintritt in die Tagesordnung der erste Kreisdeputierte, Kammerherr v. Griesheim, Schloß Falkenburg, zu folgenden Worten: „Ich glaube im Sinne aller der zu handeln, die mich durch ihren Stimmzettel mit dem Amt des ersten Kreisdeputierten beehrt haben, wenn ich hiermit vor dem Kreislag folgende Erklärung abgebe: Die Entfernung des Bildes Kaiser Wilhelm II. aus diesem Saale widerspricht dem vaterländischen Empfinden des bei weitem größten Teiles der Bevölkerung unseres heimatischen Dramburger Kreises. Mit dankbarem Stolz erfüllt es alle, die hier aus- und eingingen, als Seine Majestät dieses sein Bild nach Einweihung des neuen Kreishauses dem Kreise zum Geschenk machte. Die Verfügung des Ministers des Innern, welche die Entfernung der Kaiserbilder aus Säulnlichkeiten kommunalen Besitzes anordnet, überschreitet

Hoffentlich macht die Zukunft diesen November-Reaktionären durch ihre volksstaatliche Rechnung einen recht böden Strich!

Premieren am Kurfürstendamm. Das „Theater am Kurfürstendamm“ erfreute am Silvesterabend seine elegante Gemeinde mit zwei Premieren. Vornehmheit verpicht, erlesene Kunst hat seinen Boden nicht in der Urwüchsigkeit des Volkes, sondern in der anspruchsvoll parfümierten Atmosphäre des Reichtums. Dafür hat Direktor Robert wieder einmal den Beweis erbracht. Das erste Stück hieß „Die Marz“ (Sprich Marri). Es hätte ebenfugut Eise Ebersberg heißen können. An der Wiege dieser „Vier Bilder aus der guten Gesellschaft“, die Searied Genet zusammengefaßt hat, standen Wedekind, Schnitzler, Shaw und sogar Maeterlinck Paten. Der Verfasser hat alle Bestandteile weggelassen, die Lebensleise verateten könnten. Dafür plätscherten Platinheiten munter dahin. Die Entwicklung der lebenshungrigen und abenteuerlustigen Marz vom Backisch zur (halb-)Weltbame wurde mit heiligem Interesse verfolgt. Den Clou bildete die Szene im Moleratelier, wo es Eise Ebersberg (nur mit einem Mantel bekleidet) schwül wurde. Das kunstverständige Publikum bedauerte lebhaft, daß es schließlich doch nicht zur höchsten Kunststimmung kam. Man wollte partout den Mantel abwerfen. Aber es wurde nichts daraus. Eise Ebersberg spielte ihre Rolle anzündend lech und schelmisch.

Das zweite Stück, „Abenteuer in Marokko“ von Pierre Malin, machte uns mit einer anderen Art moderner Kunst bekannt. Es war die Kunst, eine Fote zu einem dreiatigen Schwanz auseinanderzuzerren. Ein verführerischer Mann, der nach Jahren aus Marokko zurückkehrt, soll daran gehindert werden, eine begabte Frau zu heiraten. Deshalb erfindet der Nebenbuhler eine Geschichte, nach der dieser Mann in Marokko zum Eunuchen gemacht worden ist. Man vertraut ihm daraufhin unmündige Töchter und Ehefrauen an, und er nützt die Gelegenheit bis zur körperlichen Erschöpfung aus. Gange vor dem Krieg ist zum Leidwesen der Freunde echter Kunst des „Meineidbühler“ eingegangen. Direktor Robert ist es gelungen, an würdiger Stätte dieser Kunst wieder auf die Beine zu helfen. Sonderbarerweise hatte die Theaterleitung nicht volles Vertrauen zur guten Sache, denn nach dem zweiten Akt ließ sie im Publikum abstimmen, ob es nach den dritten gemessen wolle. Es wollte. Die Aufführung selbst stand unterm Mittelmaß. Nur Kurt Bespermann ließ durch würstiges, aber doch stotisches Spiel die Fädelheit vergehen.

Neues Operetten-Theater. Wenn es noch eines neuen Beweises bedürft hätte, daß das Berliner Publikum — oder mindestens jener Teil, der in der Lage ist, die Operetten-Theater zu besuchen — an die künstlerischen Leistungen dieser Theater nur sehr geringe Anforderungen stellt, so hätte man diesen Beweis erneut bei der Eröffnung des musikalischen Schwanzes „Heirate deine Frau!“ erhalten, für den die Herren Philipp Berger und Willy Prager verantwortlich zeichneten. Eine Handlung, so dürftig wie bei allen Durchschnittsoperetten, und doch lebhafter Beifall des amüsierbedürftigen Publikums, das jeden halbwegs erträglichen Witz, jeden musikalischen „Schlager“ voll guter Laune begrüßt. Es gab recht häufig Wieder-

die gefälligen Befugnisse und setzt sich in Widerspruch mit dem Recht, welches dem Kreislag über diese Säulnlichkeiten zusteht. Unter dem Zwange der Verhältnisse lassen wir diese Maßnahme über uns ergehen, in der unerschütterlichen Zuversicht, daß die einfüge Besetzung unseres unglücklichen Vaterlandes auch in diesem Hause wieder Platz für Kaiserbilder schaffen wird.

Die „unerschütterliche Zuversicht“ des Kammerherrn wird freilich doch wohl zusehen werden. Solche Erklärungen zeigen nur, daß die Ministerialbefugnisse die Junker an einer empfindlichen Stelle trifft.

## Denkmalsattentate.

Halle, 2. Januar. (WIB.) Heute nacht versuchten junge Burschen, deren man noch nicht habhaft werden konnte, das aus einem Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I., einer Standfigur Moltkes und Bismarcks sowie einer Sieges- und Rheinländergruppe bestehende große Denkmal in die Luft zu sprengen. Die Wirtin der Gastwirtschaft stürzte in das Becken hinab. Ein Wächter, der die Zündschnur im letzten Augenblick entdeckte und abzureißen verfuhr, wurde beiseite geschleudert und verlegt. In dem gegenüberliegenden Bankhaufe wurden die Fensterheben zertrümmert. — Auf die unweit davon in der Nähe der Hauptpost stehende Siegessäule wurde gleichfalls ein Einschlag verfuht, die Verbrecherhand wurde aber im letzten Augenblick durch eine Schupolizei verhindert. — Ein weiteres Bombenattentat versuchten Unbekannte gegen die abseits an der Soale gelegene Villa des Bankiers Lehmann, die jedoch nur an einer Fassade beschädigt wurde. Die Schupolizei übernahm sofort die Bewachung.

## Die internationale Luftfahrkonvention.

### Entente-Einladung an Deutschland zum Beitritt.

Die deutsche Regierung hat die von der Botschafterkonferenz erlassene Einladung zum Beitritt zur Internationalen Luftfahrkonvention dahin beantwortet, sie müsse den Beitritt davon abhängig machen, daß Deutschland auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung behandelt werde. Die Botschafterkonferenz hat darauf die erbetenen Zusätze der Reichsregierung unzugänglich in Aussicht gestellt; die Antwort sagt aber weiter: „Die Konferenz hat Kenntnis davon genommen, daß die deutsche Regierung grundsätzlich gern bereit wäre, der Konvention beizutreten; bis der Eintritt vollzogen ist, werden die alliierten Regierungen fortfahren, ihre Luftverkehrslinien in Deutschland verkehren zu lassen.“

In einer offiziellen Anmerkung dazu weist WIB. darauf hin, daß nach dem Verfaller Artikel 320 vom 1. Januar 1923 ab alle bisherigen Vorrechte der zivilen Luftfahrzeuge der alliierten Mächte in Deutschland, worunter besonders das freie Einflug-, Durchgangs- und Landungsrecht innerhalb des deutschen Hoheitsgebiets zu verstehen ist, fortzufallen, sofern Deutschland nicht zu einem früheren Zeitpunkt in den Völkerverbund aufgenommen ist oder von den a. und a. Mächten die Zustimmung zum Beitritt zu dem von ihnen abgeschlossenen Uebereinkommen über die Luftfahrt erhalten hat. Der Einflug der alliierten Zivilflugzeuge sei daher von dem genannten Zeitpunkt ab von einer besonderen Genehmigung der deutschen Regierung abhängig.

## Protest der rheinischen Gewerkschaften.

Köln, 2. Januar. (WIB.) Die Gewerkschaften aller Richtungen des Regierungsbezirks Koblenz haben in Koblenz Kundgebungen veranstaltet, in denen sie den schärfsten Einspruch gegen jede sonderbündlerische Bestrebung und gegen jede französische Sonderpolitik erhoben haben.

Die Rheinlandkommission hat die Entfernung von Zeitungsanschlüssen befohlen, die Teile der Ausführungen Lloyd Georges gegen die französischen Imperialisten enthielten, weil damit die öffentliche Ordnung gestört und verfuht werde, die Alliierten in Gegensatz zueinander zu bringen.

Das neue Mieterschutzgesetz soll nach dem Wunsche der Reichsregierung so bald als möglich verabschiedet werden. Der Begehren ist im Wohnungsausschuß des Reichstags bereits zu einem erheblichen Teile durchberaten; die Verhandlungen werden in der zweiten Woche des Januar fortgesetzt.

Eine Zusammenstellung der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Verwaltungssachen ist dem Reichstag zur Kenntnisnahme zugegangen.

holungen, namentlich bei dem Lied von Dirndtsfeld, das die samale Greta Ly, die die Rolle einer spanischen Tänzerin spielte, voll urwüchsigster Drolligkeit und Temperament vortrug. Die übrigen Darsteller zeigten zeitweilig das Bestreben, Temperament durch Beweglichkeit zu ersetzen, so daß man mitunter den Eindruck gymnastischer Uebungen auf der Bühne hatte. Auch die allzu starke Hervorhebung der Herrmeißel-Mantieren durch Alfred Bäumer, der die Rolle eines jüdischen Reklamegenies spielte, fiel etwas stark auf die Nerven. Weniger wäre hier mehr gewesen. H. E.

Tannenreisen im Sächsischen Gebirge. Kürzlich wurde in Oberbayern eine Tanne gefällt, die 27 Festmeter Holz gab, und deren Alter auf 300 Jahre geschätzt wird. Unerschlossen findet man in den deutschen Mittelgebirgen nicht so selten, wie man es vielleicht gerade bei Tannen erwartet. Auch in den sächsisch-böhmischen Grenzgebieten gibt es prachtvolle alte Tannen von bewundernswerten Ausmaßen. So wurde im Revier Kuzendorf am Rennhübel im Isergebirge im Januar 1922 eine Tanne gefällt, die 42 Meter hoch war. Der Stoddurchmesser betrug 1,20 Meter. Außer dem Abfallholze ergab sie noch rund 7 Festmeter Ruppholz und 13 Raummeter Brennholz. Zum Fällen dieses Baumriesen mußte eine besonders lange Säge beschafft werden. Vier Arbeiter brauchten zwei Stunden, ehe der Baumriese, der „so manchen Sturm erlebt“ hatte, zu Fall kam. An mächtigen Tannen reich ist auch das sehr waldige Glaser Gebirge. Eine der stärksten dortigen Tannen, die im Stadtforsort von Reinberg auf dem Ziegenrücken steht, ist 40 Meter hoch und hat einen Umfang von 350 Zentimetern. In demselben Stadtforsort fiel im Januar 1922 die sog. „dicke Tanne“, die unter dem Hummelberge stand, einem Südweststurm zum Opfer. Ihre Höhe betrug 37 Meter, ihr Umfang am Wurzelstamm 4,20 Meter.

Das Grammophon im Schulunterricht. Die Kenntnisse unserer Kinder in der Botanik sind dank einer langjährigen anschaulichen Pflege im allgemeinen recht gute. Man möchte ihnen nun auch gern die Tierwelt näher bringen und sie außer mit den Haustieren auch mit der Vogelwelt bekannt machen, die ja durch ihren Gesang, ihr Zwitschern und Trillern den Menschen so viel Freude gewähren. Ausgestopfte Vögel, die man hier und da in der Schule hat, beschaffen jedoch nur das Auge; was der Gestalt aber erst wirkliches Leben gibt, und was alle die Tierchen weit mehr interessiert als ihre Körper, ist ihre Stimme. Deshalb hat man jetzt die Stimmen der verschiedensten Vögel, der einheimischen wie der ausländischen, im Grammophon aufgefangen und hofft durch dieses Mittel sowohl die Kenntnisse der Kinder bedeutend zu erweitern als auch ihre Freude an der Natur zu wecken und zu heben.

Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums. Bring, Albrecht, Str. 7a, wird vom 2. Januar ab ihren Lesesaal wochentags von 9 Uhr bis 6 Uhr abends öffnen. Die Lippescheleche Kostambulbibliothek ist ebenfalls täglich von 6 bis 1 Uhr zugänglich.

Spielplanänderung. Wegen mehrfacher Erkrankungen wird in der Stadtoper heute mit „Cosi fan tutte“, „Quintet und Gretel“ und „Die Tuppensee“ gegeben.

In der Volkshöhne ist Shakespeares „Wintermärchen“ mit Friedrich Kayler als Leontes und Helene Schömer als Hermione in Vorbereitung.



## Neujahrswünsche der Diplomaten.

Am Neujahrstage haben sich die Leiter aller ausländischen diplomatischen Vertretungen in Berlin beim Reichspräsidenten eingefunden, um ihm und dem Reich amtliche Glückwünsche auszusprechen. Der päpstliche Nuntius Pacelli sprach als Vorgesetzter des diplomatischen Korps in seiner Begrüßungsrede von dem „um so glühenderen Wunsche nach Frieden, Bruderliebe und Gerechtigkeit“. Möchte das neue Jahr „die große Menschlichkeit, die Ziele näherbringen, nach dem die Herzen aller Menschen guten Willens streben, und den Völkern zusammen mit der Lösung der gegenwärtigen Aufgaben jene Befriedigung und Sicherheit bringen, die ein Unterpfand der Ordnung, der Arbeit, des Gedeihens und des Fortschritts sind.“

Reichspräsident Ebert versicherte in seiner Antwort, daß die ausgesprochenen Wünsche auch von ihm und dem deutschen Volke geteilt würden. Das deutsche Volk und seine Regierung würden alles tun, „damit die immer noch getrennten Völker in wahren Frieden und in gemeinsamer Arbeit für die der ganzen Welt so notwendige Neugestaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenlebens der Nationen wirken.“

Bei dem Empfang waren alle Botschafter und Gesandten anwesend, auch der französische Botschafter. Der Reichspräsident wechselte mit dem deutsch-österreichischen Bundespräsidenten besonders herzliche Glückwunschsätze.

## Neujahrsempfang in Paris.

Paris, 2. Januar. (WZ.) Beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps im Elysée sagte der Doyen Monsignore Ceretti u. a.: Die Geister und die Herzen müssen abrüsten, wenn der Frieden unter den Völkern wiederkehren soll. Daran muß gearbeitet werden, und wenn man dazu gelangt, dann wird das Uebrige, das wirtschaftliche und materielle Art ist, bald auch zum Ziele geführt werden. Ceretti schloß mit dem Wunsche, daß Frankreich diese Aufgabe übernehmen möge.

Der Präsident der Republik, Millerand, sagte in seiner Entgegnung:

Möge das neue Jahr uns endlich den Frieden bringen, den vollständigen Frieden, den man in den diplomatischen Urkunden vergeblich verhandelt hätte, wenn nicht, wie Sie mit so viel Recht und Nachdruck bemerkt haben, die Geister und Herzen darin einig wären, ihn zu verwirklichen. Der Friede kann nur auf der Grundlage der Verträge und durch Beachtung der erworbenen Rechte und eingegangenen Verpflichtungen aufgerichtet werden. Es ist sicher, daß mir keiner der Väter, die im Laufe des großen Krieges ihre materiellen und moralischen Hilfsmittel gemeinsam dafür einsetzten, um den Angriff zurückzuweisen, widersprechen wird, wenn ich ihren festen Vorbehalt verleihe, an der Grundlage der Verträge festzuhalten, die die Feindseligkeiten beendigten.

Gebiet dem republikanischen Regime wünscht Frankreich von ganzem Herzen den Frieden. Es wäre ein unhaltbarer Widerspruch, wenn man behaupten wollte, den Frieden auf Lüge und Ungerechtigkeit aufbauen zu können. Wie sollte man sich des Gedankens erwehren können, daß diejenigen, welche ihre Unterschrift unter die Anerkennung ihrer Verantwortlichkeit gesetzt haben, nicht hartnäckig darauf bestanden, ihr Eingeständnis in Frage zu stellen und entgegen der Offenkundigkeit ihre Nichtschuld zu verteidigen, wenn dieser unzulässige Sophismus nicht nach ihrer Auffassung ihnen gefalle, den Folgen ihrer Verfehlung zu entgehen und sich den gerechten Wiedergutmachungen, die auf ihren Schultern lasten, zu entziehen. Die edle Aufgabe, welche sich heute allen Menschen von gutem Willen stellt, ist die, die Sophismen und Irrtümer, die noch das Urteil einer zu großen Anzahl von Geisteskräften verdunkeln, zu zerstreuen, die öffentliche Meinung aller Völker darauf vorzubereiten, die gerechte Lösung der durch den Krieg geschaffenen Probleme ins Auge zu fassen und auf diese Weise die Aufrichtung eines wirklichen und dauerhaften Friedens sicherzustellen. Keine Nation, seien Sie davon überzeugt, wünscht heißer als Frankreich, daß sich bald im Interesse der Welt wie in seinem eigenen Interesse jene Ära der endgültigen Verständigung unter den Völkern, der fruchtbarsten Arbeit und des Fortschritts eröffne.

## Unruhiger Jahreswechsel.

Man hat sicherlich keine Veranlassung, dem alten Jahre auch nur eine einzige Träne nachzuweinen. Aber noch weniger Veranlassung hatte man, das neue Jahr mit Gebrüll, Feuerwerk und reichlich Alkohol zu begrüßen. Es wird noch eines der seltenen Jahre sein, die uns der bedauernswerte Herr in Anverongen samt seinem Anhang beschert hat. Aber unsere Zeit scheint sich nur aus Unsinnszusammensetzungen, und schließlich auch der Silvesternacht ihren Stempel mit der Norrenkappe auf. Berlin, man kann wohl sagen in seinem größten Teile, befand sich beim Sterben des alten und bei der Geburt des neuen Jahres im gewöhnlichen Silvesterstadium. Nicht nur in der Friedrichstadt, nein überall war Hochbetrieb. Die Restaurateure machten ein gutes Geschäft — es ist schade, daß Silvester nur einmal im Jahre gefeiert wird. So, es ist schade! Auch für die Deutschen, die nach reichlich genossenem Alkohol so mutig werden und eine angenehme Abwechslung darin sehen, sich gegenseitig die Köpfe blutig zu schlagen. Bewundernswürdig ist, daß nach dem 4½-jährigen grandiosen Preisfeuerwerk — genannt Deutschlands große Zeit — die Menschen noch Freude an Abbrennen von Feuerwerkskörpern haben.

Die Bilanz ist, daß über 30 Personen, zum Teil schwer, durch brennende Feuerwerkskörper verletzt wurden. Ein 12jähriger Junge erlitt schwere Brandwunden — 50 Knallforten waren ihm in der Hofenstraße exploziert. In Ermangelung von Fröschen und Kanonenschlägen griffen andere angenehme Zeitgenossen zum Schießpulver. Diesem lebensgefährlichen Unfug fiel in Charlottenburg eine Frau zum Opfer.

Die Schutzpolizei hatte einen Großkampstag — das Publikum auf den Straßen Berlins nahm sie zur Zielscheibe nicht immer geistreich. Auch die Ueberfallkommandos hatten ihre Arbeit. Bruder Langfinger sah die Beamten auf der Straße und versprach sich leichte, gewinnbringende Arbeit — teilweise mit gutem Erfolge. Auch Straßendiebstahl gingen ihren dunklen Werben nach. Ein Dieb wurde in der Parochialstraße von vier jungen Burken angefallen. Einem zu Hilfe eilenden Schutzpolizisten nahmen die dunklen Gestalten die Pistole ab. Als das Ueberfallkommando zur Hilfe kam, wurde in der Rotweh einer der Straßendiebe durch einen Pistolenschuß so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zur Inhaftation verstarb.

Aber auch an anderen tragischen Vorfällen war diese Nacht gesegnet. Nicht weniger als fünf Selbstmorde meldet der Polizeibericht. Diese armen Menschen hatten kein Vertrauen zu dem neuen Jahre. Ein 39jähriger Arbeiter wurde einige Stunden nach Silvester am Brandenburger Ufer aus der See gelandet. Um 12 Uhr war er ins Wasser gesprungen. In seinen Taschen trug er einen Zettel mit dem Worten: „Ich glaube doch nicht, daß ich 1923 mitmachen!“ — Ein Polizeiwachmann erst hörte an der Charlottenburger Schloßbrücke Hilferufe vom Wasser her. Zur Hilfe eilend, kletterte der Mann — der Retter ertrank mit dem Hilferufenden.

Es war ein unruhiger Jahreswechsel im wahren Sinne des Wortes. Am anderen Morgen erstauten auf den Straßen abgedramte Feuerwerkskörper, Luftschlangen und Konfetti das Auge.

Torkelnde, aufgepuhte Gestalten strebten ihren Wohnungen zu. Am besten taten die, die dem neuen Jahre ein Mißtrauensvotum entgegenbrachten — indem sie auch in dieser Nacht ihrem Bette treu blieben. Sie hatten am ersten Tage im neuen Jahre keinen Meter und hatten Geld gespart.

## Ein Mord in der Silvesternacht.

### Das Ende eines Sonderlings.

Der Nordbereitschaftsdienst der Berliner Kriminalpolizei wurde am letzten Tage des alten Jahres nach dem Hause Helmholzstraße 21 gerufen, wo der 66 Jahre alte Schneidermeister Georg Albach ermordet aufgefunden worden war. Die Leiche lag mit einem Knebel im Munde, an Händen und Füßen gefesselt, im Bett. Alle Bedäufnisse waren durchwühlt und fertige Kleidungsstücke sowie Stiefel geraubt.

Ueber die neue schwere Bluttat werden folgende Einzelheiten gemeldet. Der Schneidermeister Georg Albach, der von seiner Frau getrennt lebte, hauste seit mehreren Jahren im dritten Stock des Vorderhauses. Er war ein Sonderling, der in dem Ruf eines reichen, mildtätigen Mannes stand. Es war im Hause bekannt, daß er wiederholt bettelnde Frauen und Männer bei sich aufnahm und für einige Tage befristete. Von den Frauen ließ er sich als Gegenleistung dafür die Wirtschaft in Ordnung bringen, von den Burken und Männern bei seiner Arbeit helfen. Ob der Schneidermeister dies nun tat, um den Leuten zu helfen, oder ob er billige Hilfskräfte haben wollte, muß dahingestellt bleiben. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß er zwei junge Männer von 20 bis 30 Jahren, die am zweiten Weihnachtstage nach einer Ansprache das Lied „Jägerknecht hat keine Ruh“ gesungen hatten, bei sich beherbergt hat. Am Sonnabend kamen dann wieder zwei junge Leute auf den Hof, die Albach ebenfalls zu sich in die Wohnung nahm. Nachbarn haben gehört, daß es in der Wohnung des Schneiders sehr lebhaft zugeht. Alle vier Burken sangen und grölten. Abends gegen 10 Uhr ist Albach noch gesehen worden. Am Sonntag mittag kam dann ein Kunde, um den Meister zu besuchen. Weil auf sein Klopfen nicht geantwortet wurde, die Tür aber nicht verschlossen, sondern nur angelehnt war, setzte er sich mit Nachbarn in Verbindung und ging mit diesen in die Wohnung hinein, die sie in völliger Unordnung vorfanden, während der Meister tot im Bette lag. Sie benachrichtigten sofort die Helmholz-Wache, deren Beamte feststellten, daß der Meister das Opfer eines Verbrechens geworden war. Sie setzten sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung, von der die Kriminalkommissare Bernburg und Albrecht mit ihren Beamten und der Gerichtsarzt Prof. Dr. Frankel am Tatort erschienen. Die Besichtigung der Leiche ergab, daß der Tote, dem aus Mund und Nase Blut geflossen war, einen blutdurchtränkten Knebel im Munde hatte und mit einer starken Hanschnur an Armen und Füßen gefesselt war. Der Tod des Mannes war, wie der Gerichtsarzt feststellte, durch Erdrosselung eingetreten. Zur Aufklärung des Verbrechens und zur Festnahme der Täter sind 20 000 M. Belohnung ausgesetzt worden. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen die Kriminalkommissare Bernburg und Albrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums, Anruf 433 und 601, entgegen.

### Den Vater erschlagen.

Ein fürchterlicher Austritt, der mit dem Tode eines Mannes endete, spielte sich in der vergangenen Nacht in dem Hause Frankfurter Allee 282 ab. Hier wohnte der 50 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Klein mit seiner Frau, einer Tochter und einem 19 Jahre alten Sohne Hugo. Klein war dem Trunk ergeben und mißhandelte oft seine Frau und Tochter. In der letzten Nacht kam er wieder betrunken heim. Durch lautes Schreien von Mutter und Schwester wurde der Sohn, der an Krämpfen leidet, geweckt. Er geriet in heftige Erregung, ließ nach der Küche, holte ein Beil heraus und verlebte dem Vater, der sich ins Bett gelegt hatte, mehrere so wichtige Schläge auf den Schädel, daß er sofort starb. Nach dem Mord und Tochter es hindern konnten war die Tat geschehen. Gleich darauf verließ der junge Mann in Krämpfen. Er wurde festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt. Hier erklärte er, nicht mehr zu wissen, ob er mit der Schenke oder mit der anderen Seite des Beiles zugeschlagen habe. Die Wacht, seinen Vater zu töten, habe er nicht gehabt. Er habe ihm nur einen Denzettel geben wollen. Hugo Klein wurde in Haft gehalten, die Leiche seines Vaters beauftragt und zur Obduktion ins Schauhaus gebracht.

### Vertagung des Klante-Prozesses?

Zu der heutigen Verhandlung des Klante-Prozesses war der Angeklagte Max Klante nicht erschienen. An seiner Stelle erschien der Gefängnisarzt Dr. Bürger und teilte mit, daß Klante vorgestern ein schweres Lungenbluten mit starkem Auswurf von Lungenschleim und Tuberkelbazillen gehabt habe. Es liege unmittelbare Lebensgefahr vor. Dieser Zustand der Verhandlungsunfähigkeit werde voraussichtlich etwa 14 Tage dauern. Den Vorschlag des Vorsitzenden, nur eine Viertelstunde zu verhandeln, lehnte der Sachverständige ab. Landgerichtsdirektor Dr. Siegerl machte darauf den Vorschlag, einen Spezialisten für Lungenerkrankungen zuzuziehen. Dr. Bürger erklärte sich hiermit einverstanden. Rechtsanwalt Dr. Welt beantragte die Vertagung des ganzen Prozesses und die Haftentlassung. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrag. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, den Direktor der ersten medizinischen Klinik der Charité, Geheimrat His, und den Gerichtsarzt Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann mit der notwendigen Untersuchung Klantes zu beauftragen. Die Verhandlung wurde zu diesem Zweck auf eine Stunde ausgesetzt. — Von dem Gutachten dieser beiden Sachverständigen wird erst die Vertagung des ganzen Prozesses abhängig werden.

Kein Bäckerstreik in Berlin. Eine von den Berliner Bäckermeistern stark besuchte Versammlung beschloß, von einem Verzögerungsstreik Abstand zu nehmen und die Vorschläge des Magistrats anzunehmen.

### Devisenkurse.

	2. Januar		30. Dezember	
	Käufers (Geld) Russ	Verkäufers (Brief) Russ	Käufers (Geld) Russ	Verkäufers (Brief) Russ
1 holländischer Gulden	2855.84	2860.66	2897.78	2912.97
1 argentinische Papier-Peso	2718.18	2781.82	2753.10	2766.90
1 belgischer Frank	491.26	493.74	488.77	491.23
1 norwegische Krone	1356.00	1363.40	1361.58	1363.42
1 dänische Krone	1476.30	1483.70	1481.28	1483.72
1 schwedische Krone	1940.13	1948.87	1935.10	1944.90
1 finnische Mark	179.55	180.45	182.54	183.46
1 japanischer Yen	8561.07	8578.53	8566.06	8583.94
1 italienische Lire	369.07	370.98	369.07	370.98
1 Pfund Sterling	33116.25	33583.75	33015.—	34085.—
1 Dollar	7241.85	7278.50	7331.62	7368.38
1 französischer Frank	583.66	586.34	581.16	583.84
1 brasilianischer Milreis	857.83	862.15	872.81	877.19
1 Schweizer Frank	1371.56	1378.74	1384.09	1390.97
1 spanische Pesta	1137.15	1142.85	1150.11	1155.80
100 österr. Kronen (abgest.)	10.89	10.45	10.52	10.58
1 tschechische Krone	225.43	225.57	231.49	232.58
1 ungarische Krone	3.01	3.03	3.01	3.01
1 bulgarische Leva	80.12	80.58	49.37	49.63
1 jugoslawischer Dinar	74.31	74.69	73.81	74.19

Der angekündigte Streik der Lebensmittelhändler in der Zentralkasse hat heute morgen eingeleitet. Die Kleinbändler hielten sich, da der Streik seit geraumer Zeit drohte, noch rechtzeitig eingedekt, so daß sie für drei bis vier Tage mit Ware versehen sind. Eine Lebensmittelknappheit dürfte jedoch trotz des Streiks der Markthallenhandhaber für Berlin nicht zu befürchten sein, da der Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler sich dem Ausstand nicht angeschlossen hat. Der Reichsverband hat vielmehr in Zusammenarbeit mit dem Berliner Magistrat beschlossen, seinerseits alles zu tun, um eine umfassende Notstandsversorgung einzurichten.

Rechtsan. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Mittwoch, 3. Januar, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Domstr. Vortrag des Reichssekretärs des Arbeitervereins Kinderfreunde, Genossen Volkow. Wien, über die Arbeit der österreichischen Kinderfreunde. Um 6 Uhr pünktlich Zusammenkunft sämtlicher Helfer und Helferinnen zu einer wichtigen Besprechung am selben Orte.

Genossenschaftsratsmitglieder der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung. Am Mittwoch, den 3. Januar, findet im Lokal „Bürgerheim“, Alte Schönhauser Str. 24/25, eine Versammlung der auf dem Boden der B.V.D. stehenden Genossenschaftsmitglieder statt. Tagesordnung: wichtige Tagesordnung! Vollständiges Einzeichnen im dringend notwendig! Zutritt nur gegen Vorlegung des Parteimitgliedsbuches.

Das erste deutsche Handelsflugzeug, das nach England geflogen und vorgestern vormittag mit Direktoren der Deutschen Luftreederei an Bord von Rotterdam nach London abgeflogen war, mußte infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse in der Nähe von Fockstone niedergehen. Der Flug soll heute fortgesetzt werden. — Das Flugzeug ist ein Eindecker, der mit einem Motor von 185 PS. ausgerüstet ist. Die Bauart des Flugzeuges erregte in England großes Aufsehen.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zunächst ziemlich heiler, nachts gelinder Frost, am Tage rasche Erwärmung bei frischen südlichen Winden. Nachher wie der zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Kassierer der 110., 119. und 122. Abteilung werden hierdurch nochmals aufgefordert, die Quittungsformulare für die bereits am 31. Oktober erhaltenen Einigungsmarken sofort einzuhändigen. Ebenso die Kassierer der 85., 119. und 122. Abteilung die Quittungsformulare über die erhaltenen Kampffondslisten.

Kußerdem stehen trotz mehrfacher Mahnung noch von der 64., 72., 88., 108., 122. und 143. Abteilung die Quittungsformulare für erhaltene Beitragsmarken aus, die ihnen am 27. November zugestellt wurden. J. K.: Weg Bogels.

6. Kreis, Kreuzberg. Genz. Dienstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung der Geschäftsleitung bei Helm, Urbanstr. 29, um 8 Uhr, abends, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern.

94. Abt., Kreuzberg. Mittwoch, abends 7½ Uhr, Funktionärssitzung bei Tausch, Weiserstr. 23. Anwesenheit der Funktionäre dringend erforderlich.

95. Abt., Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 4. abends 7 Uhr, bei Dreßler, Schreinerstr. 18, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvorstandsmitglieder und Elternbetriebe. Anwesenheit aller Belegschaften dringend erforderlich.

## Sport.

Die Neujahr-Madonnen im Sportpalast fanden vor ausverkauftem Hause statt. Am Allgerestressen in drei Läufen zeigte Lewanow gleich wieder seine vorjährige große Form. Den ersten Lauf gewann zwar Ad. Gulshö, aber die beiden anderen Läufe gewann dann Romanow wie er wollte vor Adolf Gulshö. Gabn wurde in allen drei Läufen distinkt Dritter. In einem 60-Kilometer-Dunstlauf kam es anbauend zu scharfen Vorläufen und Bräunungsjahren, bei denen sich Adolf Tieg, Alletto, Carl, Schreindt, Salbow und Bauer besonders ins Zeug legten. Das Rennen selbst gewann dann Bauer in hervorragendem Still mit 19 Punkten in 1 Std. 21 Min. 28 Sec. vor Däcker 14, Alletto 9, Salbow 8 und Adolf Tieg 7 Punkte. — In vorangegangenen 40-Kilometer-Rennen schallten in dem nach seinem Kampfe der Däne Romanow im Verein mit Ränger (9) in 39 Min. 55½ Sec. vor Hofmann-Koleta 8, Ringer-Otto Tieg 6, Pante-Petri 6 und Schutz-Reinold 3 Punkte. Das Schlussergebn, ein Entscheidungslauf über 10 Stunden fiel an Schäder vor Kops, Hiepel und Herich.

Die nächsten Rennen finden statt am Freitag, den 5. Januar, abends 7½ Uhr. Ein 3-mei-Stunden-Rennen schallten nach dem Schlussergebn wird über die Winterbahn rollen. Weiter haben sich der Holländer van Ref, Romanow, Salbow und Bauer in die Wettkämpfe eingetragen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Eine Konferenz der Ruhrbergarbeiter.

#### Uebersichteten und Ruhrbesetzung.

Eine Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes beschloß am Sonntag, das Ueberarbeitabkommen für den Ruhrbergbau, das für die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Januar außer Kraft gesetzt war, zum 28. Februar zu kündigen, da die Ernährungsfrage der Bergarbeiter immer übergeordnet sei.

In der Frage der Besetzung des Ruhrgebietes nahm die Konferenz mit 250 gegen 4 Stimmen eine Entschliebung an, in der es heißt:

Die Konferenz der Bergarbeiter protestiert entschieden gegen die von der französischen Regierung angeordneten Maßnahmen, die auf eine Besetzung und wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes hinführen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes erblickt in der angeordneten Politik der „produktiven Pfänder“ nicht das Mittel, die Beziehungen zwischen den Ländern herzustellen, wie es die Interessen der Völker erheischen. Jeder gewaltsame Eingriff der französischen Regierung muß zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und damit zu einer Vertiefung der internationalen Gegensätze führen. So entschieden die deutschen Bergarbeiter die den Frieden und den wirtschaftlichen Wiederaufbau schädigende Politik der französischen Regierung ablehnen, ebenso entschieden bekunden sie jedoch ihren festen Willen, im Rahmen des Möglichen an der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen mitzuarbeiten. Dieser Wille am Wiederaufbau war es nicht zuletzt, der die Bergarbeiter veranlaßte, ungeachtet ihrer körperlichen Erschöpfung und Unterernährung mehrmals in ein Ueberfallabkommen einzuzustimmen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes ersehen die Arbeiter der Länder der Entente, auf ihre Regierungen einzuwirken, damit das Problem der Reparationen nicht der Anlaß werde zu neuen Schwierigkeiten, die die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen befürchten lassen.

### Dementierte Streikgefahr.

Die „D.N.“ berichtet, von gewisser Seite würden Alarmnachrichten in die Welt gesetzt von einer Streikgefahr unter den Eisenbahnern. Sie werden jedoch von zuständigen Seite darauf aufmerksam gemacht, daß eine Streikgefahr durchaus nicht besteht, daß aber infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse unter den Beamten und Arbeitern sich eine gewisse Unruhe bemerkbar macht, die je nach der Stärke der Agitation, die unter ihnen betrieben wird, stärker oder schwächer ist.

Dabei wird in der geheimrätlichen Besichtigungsnote angegeben, daß außer der Unruhe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Unruhe besonders unter den Eisenbahnern von Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg eine gewisse Stärke erreicht habe. Vor uns liegen Entschliebungen der Eisenbahner auch aus Württemberg und der Rheinpfalz, die darauf verweisen, daß warnende Entschliebungen schon genug gesagt seien, und die auf dem schnellsten Wege Verhandlungen fordern und die Organi-



